



Die Chancen eines Kurswechsels im EU-Parlament

10.06.2009 09:27

Der zunehmende ökonomische und ökologische Druck spricht dafür, dass ein Kurswechsel zu mehr Marktregulierung und sozialer Gerechtigkeit in der Luft liegt - Von Gerald Mader

In Österreich hatte sich die Meinungsforschung wieder einmal geirrt, da sie ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPÖ und ÖVP vor der EU-Wahl prophezeit hatte. Tatsächlich hat die ÖVP die SPÖ (bisher Nummer 1) mit einer Stimmdifferenz von ca. 6 % überholt. Die SPÖ erreichte mit 23,8 % einen historischen Tiefstand. Die Grünen haben - im Gegensatz zum Abschneiden in den anderen EU-Mitgliedsländern - ebenfalls verloren, wozu ihr interner Konflikt (Voggenhuber) beigetragen haben wird. Ein österreichisches Phänomen ist der dritte Platz der Liste Hans Peter Martin, die mit Hilfe der Kronenzeitung fast 18 % (3 Mandate) erreichen konnte. Martin mag ein Querulant sein, seine Wähler waren keine. Die FPÖ konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln (13,1 %), hatte aber noch ein besseres Ergebnis erwartet.

Zumindest 20 %. Die Wahl stand im Zeichen einer sehr harten Auseinandersetzung zwischen SPÖ und ÖVP, von der die ÖVP und die Liste Martin profitiert haben. Den Anlass für die Angriffe der SPÖ bot die hetzerische Wahlwerbung der FPÖ (Werbung mit Kreuz, Plakate mit Abendland in Christen Händen und Abrechnung), welche insbesondere mit dem Thema Zuwanderung die Angst, die Vorurteile und den Egoismus der Menschen bedient hat. Beiden Regierungsparteien ist es nicht gelungen, die großen europapolitischen Themen und Herausforderungen zur Diskussion zu bringen. Im Vordergrund standen Ausländerkriminalität, Zuwanderung, Asylrichtlinien, Verlust der Arbeitsplätze durch Nachbarn aus Osteuropa, der Bau von Moscheen und Themen, die nicht Gegenstand der EU-Wahl waren (EU-Beitritt von Türkei und Israel). Über die Wahlniederlage der SPÖ kann auch nicht die rechnerische Konstruktion von einer linken Mehrheit (SPÖ, Grüne, Martin) hinwegtäuschen, mit der sich Karl Blecha tröstete.

Für die Wahlniederlage der SPÖ gab es einen wichtigen politischen Grund, den der Abgeordnete Swoboda nach der Wahl angesprochen hatte. Der SPÖ fehlte die Glaubwürdigkeit für ihre Wahlwerbung „für ein soziales Europa“, da auch die österreichischen Vertreter der Sozialdemokratie den neoliberalen Wirtschaftskurs - unter Führung der englischen Sozialdemokratie unter Blair - mitgetragen und mitbeschlossen haben. Daher war es ihnen auch nicht möglich, ihre Anhänger auf breiter Basis zu mobilisieren. Ein weiterer Fehler der europäischen Sozialdemokratie bestand darin, dass sie im Lissabon-Vertrag einer Aufrüstungspflicht der Mitgliedsländer zugestimmt hat. Es ist Zeit, dass sich die Sozialdemokratie auch in dieser Frage bewegt und sich am politischen Willen der Bürger und nicht an den Interessen der Rüstungskonzerne und ihrer Lobbyisten orientiert.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur in Österreich, sondern auch in allen größeren Ländern verloren. Als Regierungspartei und als Opposition. Der Grund dürfte auch in

diesen Ländern darin zu suchen sein, dass sich die Kritiker und Opfer des neoliberalen Wirtschaftssystems darüber empört haben, dass die sozialdemokratischen Parteien beim neoliberalen Spiel mitgemacht haben; umso mehr als sich deren ökonomischen Spitzenökonominnen und Manager mit ihren Theorien und Praktiken unsterblich blamiert haben. Wenn die Sozialdemokratie wieder die Zustimmung einer Mehrheit erreichen will, dann muss sie für einen radikalen Kurswechsel eintreten und sich für diesen engagieren. Dieser Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit muss nicht nur strenge Regeln für die Finanzmärkte vorsehen, sondern den Kapitalismus insgesamt mit sozialen und ökologischen Standards korrigieren. Eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen eingeschlossen. Die Menschen erwarten konkretes Handeln. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, sie mit Lavierungen und Phrasen zu mobilisieren.

Der Sieg der europäischen Volkspartei wird allen Konservativen Auftrieb geben, welche den neoliberalen Wirtschaftskurs mit kleinen Verbesserungen unbedingt fortsetzen wollen. Sollte sich diese Fraktion durchsetzen, dann kann diese Rückkehr zur reinen Marktideologie nur zu einem noch größeren Crash und damit zu einem umgekehrten Wahldebakel führen. Es sollte daher auch im Interesse der Christdemokraten liegen, einen sozial/ökologischen Kurs gegen die Konservativen durchzusetzen. Gelingt weder der Sozialdemokratie noch den Christdemokraten ein Kurswechsel, dann spricht alles dafür, dass es einen weiteren starken Rechtsruck geben wird. Oder man träumt vom mündigen Bürger, der sich das Primat über die Politik zurückerobert und um die Welt kümmern muss, wie dies Puntischer-Riekmann in einem Interview formuliert hat.

Eine zusätzliche Gefahr sowohl für die Christdemokraten als auch für die EU selbst droht von der Entwicklung in Großbritannien, wo Labour ein Debakel erleiden wird. Die Tories haben nämlich die Absicht, gemeinsam mit den Konservativen aus Polen und Tschechien eine eigene Fraktion zu bilden, die einer weiteren Integration der EU einen Riegel vorschieben soll, die nicht im Interesse Großbritanniens liegt. Es war der große Fehler der EU, Großbritannien aufzunehmen, bevor die gemeinsamen Regeln für die Integration der EU festgeschrieben wurden. Die EU wird sich jedenfalls stärker auf nationalistische Entwicklungen und nationale Egoismen einstellen müssen. Auch für die Christdemokraten wird sich die Frage stellen, wie sie es mit dem Umgang mit dem Anderen und mit der christlichen Nächstenliebe halten. Wie heißt es schon bei Maria Ebner-Eschenbach: „Wir sind in Todesangst, dass die Nächstenliebe sich zu weit ausbreiten könnte, und richten Schranken gegen sie auf - die Nationalitäten“. Heute geht es gegen unsere Nachbarn in Osteuropa und gegen den Rest der Welt. (Gerald Mader, derStandard.at, 10.6.2009)

Zur Person: Gerald Mader ist Präsident des Friedenszentrum Burg Schlaining/Burgenland.